

FRÜHJAHRSKONFERENZ

vom 1. bis 2. Juni 2016



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss der Ministerinnen und Minister

TOP II.22: Food Fraud – nationales System zur Bekämpfung des Betrugs mit Lebensmitteln

Berichterstattung: Berlin

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich im Anschluss an den Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz vom 22. April 2016 mit dem Phänomen des sogenannten „Food Fraud“ befasst. Sie teilen die Ansicht, dass eine strukturierte und vernetzte Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den Lebensmittelüberwachungsbehörden zur effektiven Bekämpfung dieses Deliktsfelds erforderlich ist. Sie weisen darauf hin, dass einschlägige Verfahren bereits heute in der Regel von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bearbeitet werden, die mit der Materie gut vertraut und auf lokaler Ebene mit den beteiligten Behörden vernetzt sind. Dies ermöglicht vor Ort ein zeitnahes Eingreifen.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister unterstützen das Vorhaben, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Lebensmittelüberwachung, Justiz und Polizei - unter Einbeziehung des Zolls - die Verantwortlichkeiten und Befugnisse der beteiligten Be-

hörden weiter aufeinander abzustimmen und Vorschläge für eine koordinierte Bekämpfungsstrategie zu entwickeln.

3. Sie bitten den Strafrechtsausschuss, geeignete Mitglieder in die gemeinsame Arbeitsgruppe zu entsenden und über die Ergebnisse zu gegebener Zeit zu berichten.